

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 14. Juni 1973

59. Stück

- 267.** Verordnung: Pauschalierung der Aufwandsentschädigung für Hochschullehrer, Vertragsassistenten, wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte sowie Beamte und Vertragsbedienstete des wissenschaftlichen Dienstes an den Hochschulen und den wissenschaftlichen Anstalten
- 268.** Verordnung: Pauschalierung der Vergütungen für zeitliche Mehrleistungen für Hochschullehrer, Vertragsassistenten sowie wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte an den Hochschulen
- 269.** Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der B 115 a Donawitzer Straße im Bereich der Gemeinde Leoben
- 270.** Kundmachung: Ratifikation des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 1968 durch Italien
- 271.** Kundmachung: Geltungsbereich der Statuten der Internationalen Atomenergie-Organisation
- 272.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die Abänderung des Abkommens über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen
- 273.** Erklärung der Republik Österreich betreffend die Annahme des Beitritts des Fürstentums Liechtenstein zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern
- 274.** Europäisches Übereinkommen zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Beglaubigung
- 275.** Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Weltorganisation für geistiges Eigentum betreffend „Wiener Diplomatische Konferenz über Gewerbliches Eigentum 1973“

267. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 25. Mai 1973 über die Pauschalierung der Aufwandsentschädigung für Hochschullehrer, Vertragsassistenten, wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte sowie Beamte und Vertragsbedienstete des wissenschaftlichen Dienstes an den Hochschulen und den wissenschaftlichen Anstalten

Gemäß § 20 in Verbindung mit dem § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, im Zusammenhang mit dem § 22 Abs. 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der Fassung der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Die den Hochschullehrern im Sinne des § 32 Abs. 1 des Gehaltsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1947, in der Fassung der Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 277/1972,

sowie die den Vertragsassistenten im Sinne des § 19 und den wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften im Sinne des § 18 Abs. 1 des Hochschulassistentengesetzes 1962, BGBl. Nr. 216, und des § 13 des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1970, sowie den Beamten und Vertragsbediensteten des wissenschaftlichen Dienstes gebührenden Entschädigungen für den Mehraufwand, der ihnen in Ausübung des Dienstes oder aus Anlaß der Ausübung des Dienstes notwendigerweise entstanden ist, werden pauschaliert.

§ 2. Das Pauschale wird für die nachstehend genannten Gruppen jeweils einheitlich in einem monatlich gebührenden Betrag wie folgt festgesetzt:

Gruppe	Betrag
1. Ordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 1 und 2 sowie Außerordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 3, 4 und 5 des Gehaltsüberleitungsgesetzes	700 S

Gruppe	Betrag													
2. Hochschulassistenten im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 6 des Gehaltsüberleitungsgesetzes und vollbeschäftigte Vertragsassistenten, sofern der Lehrkanzelnhaber bestätigt, daß der Vertragsassistent die gleiche Tätigkeit ausübt wie ein Hochschulassistent	600 S	BGBI. Nr. 214/1972, im Zusammenhang mit dem § 22 Abs. 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, in der Fassung der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet: § 1. Die den Hochschullehrern im Sinne des § 32 Abs. 1 des Gehaltsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1947, in der Fassung der Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 277/1972, sowie die den Vertragsassistenten im Sinne des § 19 und den wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften im Sinne des § 18 Abs. 1 des Hochschulassistentengesetzes 1962, BGBl. Nr. 216, und des § 13 des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1970, gebührenden Vergütungen für regelmäßige zeitmäßige Mehrleistungen, die zur ordnungsgemäßen Bewältigung ihrer Aufgaben notwendig sind, werden pauschaliert. § 2. Das Pauschale wird in einem Hundertsatz des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung für die nachstehend genannten Gruppen jeweils einheitlich wie folgt festgelegt:												
3. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten ab dem fünften für die Vorrückung in höhere Bezüge berücksichtigten Dienstjahr	333 S													
4. Halbbeschäftigte Vertragsassistenten ab dem fünften für die Vorrückung in höhere Bezüge berücksichtigten Dienstjahr	166 S													
5. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten vom ersten bis zum vierten Dienstjahr	250 S													
6. Halbbeschäftigte Vertragsassistenten vom ersten bis zum vierten Dienstjahr	125 S													
7. Vollbeschäftigte wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte	167 S													
8. Halbbeschäftigte wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte	83 S													
9. Beamte der Verwendungsgruppe A und Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppe a im wissenschaftlichen Dienst an Hochschulen oder an wissenschaftlichen Anstalten	250 S													
§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1972 in Kraft.														
§ 4. Diese Aufwandsentschädigungen treten an die Stelle des im Rahmen der Sonderzulage für Forschungsaufwand und Mehrleistungen enthaltenen Aufwandsentschädigungsanteiles sowie der zur Anschaffung wissenschaftlicher Literatur oder als Ersatz für Fortbildungsausgaben gewährten Leistungen; die vom 1. Dezember 1972 an fortgezählten Beträge sind auf die nach dieser Verordnung gebührenden Aufwandsentschädigungen anzurechnen.														
Firnberg														
268. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 25. Mai 1973 über die Pauschalierung der Vergütungen für zeitliche Mehrleistungen für Hochschullehrer, Vertragsassistenten sowie wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte an den Hochschulen														
Gemäß § 16 in Verbindung mit dem § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle,		<table border="0" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Gruppe</th> <th style="text-align: right;">Hundertsatz</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1. Ordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 1 und 2 sowie Außerordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 3, 4 und 5 des Gehaltsüberleitungsgesetzes</td> <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;">18'69</td> </tr> <tr> <td>2. Hochschulassistenten im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 6 des Gehaltsüberleitungsgesetzes und vollbeschäftigte Vertragsassistenten, sofern der Lehrkanzelnhaber bestätigt, daß der Vertragsassistent die gleiche Tätigkeit ausübt wie ein Hochschulassistent</td> <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;">11'35</td> </tr> <tr> <td>3. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten ab dem fünften für die Vorrückung in höhere Bezüge berücksichtigten Dienstjahr</td> <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;">6'23</td> </tr> <tr> <td>4. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten vom ersten bis zum vierten Dienstjahr</td> <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;">4'34</td> </tr> <tr> <td>5. Vollbeschäftigte wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte</td> <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;">1'78</td> </tr> </tbody> </table>	Gruppe	Hundertsatz	1. Ordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 1 und 2 sowie Außerordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 3, 4 und 5 des Gehaltsüberleitungsgesetzes	18'69	2. Hochschulassistenten im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 6 des Gehaltsüberleitungsgesetzes und vollbeschäftigte Vertragsassistenten, sofern der Lehrkanzelnhaber bestätigt, daß der Vertragsassistent die gleiche Tätigkeit ausübt wie ein Hochschulassistent	11'35	3. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten ab dem fünften für die Vorrückung in höhere Bezüge berücksichtigten Dienstjahr	6'23	4. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten vom ersten bis zum vierten Dienstjahr	4'34	5. Vollbeschäftigte wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte	1'78
Gruppe	Hundertsatz													
1. Ordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 1 und 2 sowie Außerordentliche Hochschulprofessoren im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 3, 4 und 5 des Gehaltsüberleitungsgesetzes	18'69													
2. Hochschulassistenten im Sinne des § 32 Abs. 1 Z. 6 des Gehaltsüberleitungsgesetzes und vollbeschäftigte Vertragsassistenten, sofern der Lehrkanzelnhaber bestätigt, daß der Vertragsassistent die gleiche Tätigkeit ausübt wie ein Hochschulassistent	11'35													
3. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten ab dem fünften für die Vorrückung in höhere Bezüge berücksichtigten Dienstjahr	6'23													
4. Andere vollbeschäftigte Vertragsassistenten vom ersten bis zum vierten Dienstjahr	4'34													
5. Vollbeschäftigte wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte	1'78													
§ 3. Je 33'3 v. H. der Vergütungen stellen den Überstundenzuschlag dar.														
§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1972 in Kraft.														
§ 5. Diese pauschalierten Vergütungen treten an die Stelle der Mehrleistungsvergütungen, die im Rahmen der Sonderzulage für Forschungs-														

aufwand und Mehrleistungen gewährt worden sind; die vom 1. Dezember 1972 an fortgezählten Beträge sind auf die nach dieser Verordnung gebührenden Vergütungen anzurechnen.

Firnberg

269. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 25. Mai 1973 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der B 115 a Donawitzer Straße im Bereich der Gemeinde Leoben

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, wird verordnet:

Der Straßenverlauf der B 115 a Donawitzer Straße wird im Bereich der Gemeinde Leoben wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse zweigt bei Projekts-km 144,044 (alt-km 143,955), in unmittelbarer Nähe des sogenannten Judaskreuzes, von der bestehenden Straßentrasse ab, führt in gestreckter Linienführung westlich der bestehenden Trasse und bindet nach teilweiser Benützung derselben bei Projekts-km 144,300 (alt-km 144,215) in diese wieder ein.

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung und beim Stadtamt Leoben aufliegenden Planunterlagen zu ersehen.

§ 15 BStG 1971 findet auf vorangeführten Straßenteil Anwendung. Der in dessen Abs. 2 angeführte Geländestreifen beträgt 20 m beiderseits der Straßenachse.

Moser

270. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 29. Mai 1973 betreffend die Ratifikation des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 1968 durch Italien

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Italien am 21. März 1973 seine Ratifikationsurkunde zum Internationalen Kaffee-Übereinkommen 1968 (BGBl. Nr. 342/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 422/1972) hinterlegt.

Kreisky

271. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 1. Juni 1973 betreffend den Geltungsbereich der Statuten der Internationalen Atomenergie-Organisation

Nach Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika haben folgende weitere Staaten die Statuten der Internationalen Atomenergie-Organisation (BGBl. Nr. 216/1957, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 90/1967) angenommen:

Staaten:	Inkrafttreten:
Singapur	5. Jänner 1967
Sierra Leone	4. Juni 1967
Uganda	30. August 1967
Liechtenstein	13. Dezember 1968
Sambia	8. Jänner 1969
Malaysia	15. Jänner 1969
Niger	27. März 1969

Honduras ist aus der Internationalen Atomenergie-Organisation am 19. Juni 1967 ausgetreten.

Kreisky

272.

Nachdem das am 10. August 1971 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die Abänderung des Abkommens über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung des Abkommens vom 28. April 1967,

welches also lautet:

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die Abänderung des Abkommens über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung des Abkommens vom 28. April 1967

Artikel I

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugo-

SPORAZUM

Izmedju Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o izmeni Konvencije o regulisanju pograničnog železničkog saobraćaja od 11. decembra 1962, obuhvaćene u Sporazumu od 28. aprila 1967. godine

Član I

Konvencija izmedju Republike Austrije i Federativne Narodne Republike Jugoslavije o

slawien über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung des Abkommens vom 28. April 1967 wird wie folgt abgeändert:

1. Artikel 3, Absätze 1—3, hat zu lauten:

„(1) Zur Durchführung des Grenzüberganges der Eisenbahnen werden folgende Strecken eröffnet:

- a) Rosenbach / Jesenice
- b) Bleiburg / Prevalje
- c) Spielfeld-Straß / Sentilj

(2) Für die im Absatz 1 genannten Strecken werden folgende Betriebswechselbahnhöfe festgelegt:

- a) Jesenice
- b) Bleiburg
- c) Spielfeld-Straß

(3) Grenzbahnhöfe im Sinne dieses Abkommens sind:

- a) Rosenbach
- b) Prevalje
- c) Sentilj“

2. Artikel 5 entfällt.

3. Artikel 12 entfällt.

4. Artikel 15 Absatz 3 hat zu lauten:

„(3) Den Eisenbahnbediensteten der Nachbarverwaltung wird seitens der Eigentumsverwaltung im Falle der Erkrankung oder eines Unfalles auf der Anschlußgrenzstrecke oder im Betriebswechselbahnhof sowie im erweiterten Zugförderungsdienst (Artikel 6) die notwendige Erste Hilfe gewährt.“

5. Artikel 17 Absatz 1 hat zu lauten:

„(1) Die im Betriebswechselbahnhof oder auf der Anschlußgrenzstrecke sowie im erweiterten Zugförderungsdienst (Artikel 6) verwendeten Eisenbahnbediensteten der Nachbarverwaltung sind berechtigt, ihre Dienstkleider oder ihre sichtbaren Dienstabzeichen während und außerhalb des Dienstes zu tragen.“

6. Artikel 25 entfällt.

Artikel II

Punkt 3 des Schlußprotokolls vom 11. Dezember 1962 zum Abkommen entfällt.

Artikel III

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Es tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Die Ratifikationsurkunden werden in Belgrad ausgetauscht werden.

regulisanju pograničnog železničkog saobraćaja od 11. decembra 1962. godine, obuhvaćena u Sporazumu od 28. aprila 1967, menja se u sledećem:

1. Član 3, stavovi 1—3 treba da glase:

„(1) Radi obavljanja pograničnog železničkog saobraćaja otvaraju se sledeće pruge:

- a) Rosenbach / Jesenice
- b) Bleiburg / Prevalje
- c) Spielfeld-Strass / Sentilj

(2) Odredjuju se sledeće stanice smene saobraćaja za pruge navedene u stavu 1:

- a) Jesenice
- b) Bleiburg
- c) Spielfeld-Strass

(3) Pogranične železničke stanice u smislu ovog Sporazuma su:

- a) Rosenbach
- b) Prevalje
- c) Šentilj“

2. Član 5 otpada.

3. Član 12 otpada.

4. Član 15, stav 3 treba da glasi:

„(3) Železničkom osoblju susedne Uprave biće, od strane uprave sopstvenice, u slučaju obojenja ili udesa na priključnoj pograničnoj pruzi ili stanici smene saobraćaja, kao i u produženoj službi vuče vozova (Član 6), pružena neophodna prva pomoć.“

5. Član 17, stav 1 treba da glasi:

„(1) Na stanici smene saobraćaja ili na priključnoj pograničnoj pruzi, kao i u produženoj službi vuče vozova (Član 6) železničko osoblje susedne Uprave ima pravo da za vreme i izvan službe nosi službenu odeću ili vidljive službene oznake.“

6. Član 25 otpada.

Član II

Tačka 3 zaključnog Protokola od 11. decembra 1962 uz Konvenciju otpada.

Član III

Ovaj Sporazum podleže ratifikaciji. On stupa na snagu mesec dana po razmeni ratifikacionih instrumenata. Ratifikacioni instrumenti biće razmenjeni u Beogradu.

ZU URKUND dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. August 1971, in doppelter Urschrift in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Rudolf Kirchschräger m. p.

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien:

Mitja Vošnjak m. p.

U POTVRDU ČEGA su opunomoćenici ovaj Sporazum potpisali i overili pečatima.

SACINJENO u Beču, dana 10. avgusta 1971. u dva originalna primerka na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku, pri čemu su oba teksta autentična.

Za

Republiku Austriju:

Rudolf Kirchschräger m. p.

Za

Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju:

Mitja Vošnjak m. p.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Verkehr und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 8. März 1973

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Verkehr:

Frühbauer

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschräger

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Abkommen sind am 13. April 1973 ausgetauscht worden; das Abkommen ist daher gemäß seinem Art. III am 13. Mai 1973 in Kraft getreten.

Kreisky

273.

Nachdem die

Erklärung der Republik Österreich betreffend die Annahme des Beitritts des Fürstentums Liechtenstein zum Übereinkommen vom 15. April 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern *)

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident der Republik Österreich im Namen der Republik Österreich, den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Übereinkommen vom 15. April 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern anzunehmen.

*) BGBl. Nr. 294/1961, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 339/1972

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Erklärung vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Justiz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 13. März 1973

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Justiz:

Broda

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Das vorliegende Übereinkommen ist zwischen Österreich und Liechtenstein am 5. April 1973 in Kraft getreten.

Kreisky

274.

Nachdem das am 7. Juni 1968 in London zur Unterzeichnung aufgelegte Europäische Übereinkommen zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Beglaubigung, welches also lautet:

EUROPEAN CONVENTION ON THE ABOLITION OF LEGALI- SATION OF DOCUMENTS EXECUTED BY DIPLO- MATIC AGENTS OR CONSULAR OFFICERS	CONVENTION EUROPÉENNE RELATIVE A LA SUPPRESSION DE LA LÉGALISATION DES ACTES ÉTABLIS PAR LES AGENTS DIPLOMATI- QUES OU CONSULAIRES	(Übersetzung) EUROPÄISCHES ÜBEREINKOMMEN ZUR BEFREIUNG DER VON DIPLOMATISCHEN ODER KONSULARISCHEN VER- TRETERN ERRICHTE- TEN URKUNDEN VON DER BEGLAUBIGUNG
The member States of the Council of Europe, signatory hereto,	Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires de la présente Convention,	Die Mitgliedstaaten des Europarates, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben,
Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its Members;	Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses Membres;	in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarates ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;
Considering that relations between the member States, as well as relations between their diplomatic agents or consular officers, are increasingly based on mutual trust;	Considérant que les relations entre les Etats membres, ainsi qu'entre leurs agents diplomatiques ou consulaires, sont de plus en plus fondées sur une confiance réciproque;	in der Erwägung, daß die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten sowie zwischen ihren diplomatischen oder konsularischen Vertretern zunehmend auf gegenseitigem Vertrauen beruhen;
Considering that the abolition of legalisation is likely to strengthen the ties between the	Considérant que la suppression de la légalisation tend à renforcer les liens entre les	in der Erwägung, daß die Befreiung von der Beglaubigung darauf gerichtet ist, die Bande

member States by making it possible to use foreign documents in the same manner as documents emanating from national authorities;

Convinced of the need to abolish the requirement of legalisation of documents executed by their diplomatic agents or consular officers,

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

For the purposes of this Convention, legalisation means only the formality used to certify the authenticity of the signature on a document, the capacity in which the person signing such document has acted and, where appropriate, the identity of the seal or stamp which such document bears.

ARTICLE 2

1. This Convention shall apply to documents which have been executed by diplomatic agents or consular officers of a Contracting Party, acting in their official capacity and exercising their functions in the territory of any State, and which have to be produced:

- (a) either in the territory of another Contracting Party, or
- (b) to the diplomatic agents or consular officers of another Contracting Party exercising their functions in the territory of a State which is not a party to this Convention.

2. This Convention shall also apply to official certificates, such as those recording the registration of a document or the fact that it was in existence on a certain date, and authentications of signatures, appended by diplomatic agents or consular officers to documents other than those referred to in paragraph 1.

Etats membres en permettant l'utilisation de documents étrangers au même titre que ceux qui émanent des autorités nationales;

Convaincus de la nécessité de supprimer l'exigence de la légalisation des actes établis par leurs agents diplomatiques ou consulaires,

Sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1^{er}

La légalisation, au sens de la présente Convention, ne recouvre que la formalité destinée à attester la véracité de la signature apposée sur un acte, la qualité en laquelle le signataire de l'acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou timbre dont cet acte est revêtu.

ARTICLE 2

1. La présente Convention s'applique aux actes établis en leur qualité officielle par les agents diplomatiques ou consulaires d'une Partie Contractante exerçant leurs fonctions sur le territoire de tout Etat et qui doivent être produits:

- (a) sur le territoire d'une autre Partie Contractante, ou
- (b) devant des agents diplomatiques ou consulaires d'une autre Partie Contractante, exerçant leurs fonctions sur le territoire d'un Etat qui n'est pas partie à la présente Convention.

2. Elle s'applique également aux déclarations officielles, telles que mentions d'enregistrement, visas pour date certaine et certifications de signature, apposés par les agents diplomatiques ou consulaires sur des actes autres que ceux visés au paragraphe précédent.

zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, indem sie es ermöglicht, ausländische Urkunden ebenso zu verwenden wie Urkunden, die von innerstaatlichen Behörden herrühren;

in der Überzeugung, daß es notwendig ist, Urkunden, die von ihren diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichtet sind, von der Beglaubigung zu befreien,

haben folgendes vereinbart:

ARTIKEL 1

Unter Beglaubigung im Sinne dieses Übereinkommens ist nur die Förmlichkeit zu verstehen, die dazu bestimmt ist, die Echtheit der Unterschrift auf einer Urkunde, die Eigenschaft, in der der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, zu bestätigen.

ARTIKEL 2

1. Dieses Übereinkommen ist auf Urkunden anzuwenden, die von den diplomatischen oder konsularischen Vertretern einer Vertragspartei in ihrer amtlichen Eigenschaft und in Wahrnehmung ihrer Aufgaben in dem Hoheitsgebiet irgendeines Staates errichtet worden sind und die vorgelegt werden sollen

- a) in dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei oder
- b) vor diplomatischen oder konsularischen Vertretern einer anderen Vertragspartei, die ihre Aufgaben in dem Hoheitsgebiet eines Staates wahrnehmen, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist.

2. Dieses Übereinkommen ist auch auf amtliche Bescheinigungen, wie zum Beispiel Vermerke über die Registrierung, Sichtvermerke zur Feststellung eines bestimmten Zeitpunktes und Beglaubigung von Unterschriften anzuwenden.

ARTICLE 3

Each Contracting Party shall exempt from legalisation documents to which this Convention applies.

ARTICLE 4

1. Each Contracting Party shall take the measures necessary to avoid the carrying out by its authorities of legalisations in cases where this Convention abolishes legalisation.

2. Each Contracting Party shall provide for the verification, where necessary, of the authenticity of the documents to which this Convention applies. Such verification shall not give rise to payment of any taxes or expenses and shall be carried out as quickly as possible.

ARTICLE 5

This Convention shall, as between the Contracting Parties, prevail over the provisions of any treaties, conventions or agreements which provide, or shall provide, for legalisation of the authenticity of the signature of a diplomatic agent or consular officer, the capacity in which such person signing the document has acted, and, where appropriate, the identity of the seal or stamp which the document bears.

ARTICLE 6

1. This Convention shall be open to signature by the member States of the Council of Europe. It shall be subject to ratification or acceptance. Instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. This Convention shall enter into force three months after the date of the deposit of the third instrument of ratification or acceptance.

3. In respect of a signatory State ratifying or accepting subsequently, the Convention

ARTICLE 3

Chacune des Parties Contractantes dispense de légalisation les actes auxquels s'applique la présente Convention.

ARTICLE 4

1. Chacune des Parties Contractantes prendra les mesures nécessaires pour éviter que ses autorités ne procèdent à la légalisation dans les cas où la présente Convention en prescrit la suppression.

2. Elle assurera la vérification, en cas de nécessité, de l'origine des actes auxquels s'applique la présente Convention. Cette vérification ne donnera lieu au paiement d'aucune taxe ou frais quelconque et devra être opérée le plus rapidement possible.

ARTICLE 5

La présente Convention prévaudra, dans les relations entre les Parties Contractantes, sur les dispositions des traités, conventions ou accords qui soumettent ou soumettront à la légalisation la véracité de la signature des agents diplomatiques ou consulaires, la qualité en laquelle le signataire d'un acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou du timbre dont cet acte est revêtu.

ARTICLE 6

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe. Elle sera ratifiée ou acceptée. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du troisième instrument de ratification ou d'acceptation.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire qui la ratifiera ou l'acceptera

ARTIKEL 3

Jede Vertragspartei befreit die Urkunden, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist, von der Beglaubigung.

ARTIKEL 4

1. Jede Vertragspartei trifft die notwendigen Maßnahmen, um zu vermeiden, daß ihre Behörden die Beglaubigung in Fällen vornehmen, in denen dieses Übereinkommen von der Beglaubigung befreit.

2. Jede Vertragspartei stellt, soweit erforderlich, die Prüfung der Echtheit der Urkunden sicher, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist. Für diese Prüfung werden Gebühren oder Auslagen irgendwelcher Art nicht erhoben; sie wird so schnell wie möglich vorgenommen.

ARTIKEL 5

Dieses Übereinkommen geht im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien den Bestimmungen von Verträgen, Übereinkommen oder Vereinbarungen vor, die die Echtheit der Unterschrift diplomatischer oder konsularischer Vertreter, die Eigenschaft, in der der Unterzeichner einer Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, der Beglaubigung unterwerfen oder unterwerfen werden.

ARTIKEL 6

1. Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarates zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation oder der Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmeerkunden werden beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt.

2. Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Annahmeerkunde in Kraft.

3. Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert oder annimmt,

shall come into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification or acceptance.

ARTICLE 7

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may invite any State not a Member of the Council of Europe to accede to this Convention.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect three months after the date of its deposit.

ARTICLE 8

1. Any Contracting Party may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend this Convention to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 9 of this Convention.

ARTICLE 9

1. This Convention shall remain in force indefinitely.

ultérieurement, trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation.

ARTICLE 7

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter tout Etat non membre du Conseil à adhérer à la présente Convention.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet trois mois après la date de son dépôt.

ARTICLE 8

1. Toute Partie Contractante peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Toute Partie Contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont Elle assure les relations internationales ou pour lequel Elle est habilitée à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, aux conditions prévues par l'article 9 de la présente Convention.

ARTICLE 9

1. La présente Convention demeurera en vigueur sans limitation de durée.

tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmearkunde in Kraft.

ARTIKEL 7

1. Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarates jeden Nichtmitgliedstaat einladen, diesem Übereinkommen beizutreten.

2. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei dem Generalsekretär des Europarates; die Urkunde wird drei Monate nach der Hinterlegung wirksam.

ARTIKEL 8

1. Jede Vertragspartei kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

2. Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarates gerichtete Erklärung dieses Übereinkommen auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt oder für das sie Vereinbarungen treffen kann.

3. Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet nach Maßgabe des Artikels 9 zurückgenommen werden.

ARTIKEL 9

1. Dieses Übereinkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft.

2. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

3. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification.

ARTICLE 10

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council and any State which has acceded to this Convention of:

- (a) any signature;
- (b) any deposit of an instrument of ratification, acceptance or accession;
- (c) any date of entry into force of this Convention;
- (d) any declaration received in pursuance of the provisions of Article 8;
- (e) any notification received in pursuance of the provisions of Article 9 and the date on which denunciation takes effect.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at London, this 7th June 1968, in English and French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding States.

2. Toute Partie Contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

3. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général.

ARTICLE 10

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention:

- (a) toute signature;
- (b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;
- (c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention;
- (d) toute déclaration reçue en application des dispositions de l'article 8;
- (e) toute notification reçue en application des dispositions de l'article 9 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Londres, le 7 juin 1968, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires et adhérents.

2. Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär des Europarates gerichtete Notifikation für sich kündigen.

3. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

ARTIKEL 10

Der Generalsekretär des Europarates notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist:

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
- d) jede nach Artikel 8 eingegangene Erklärung;
- e) jede nach Artikel 9 eingegangene Notifikation sowie den Zeitpunkt, an dem die Kündigung wirksam wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London, am 7. Juni 1968, in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarates hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarates übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Übereinkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für Unterricht und Kunst, vom Bundesminister für soziale Verwaltung, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, vom Bundes-

minister für Handel, Gewerbe und Industrie, vom Bundesminister für Verkehr, vom Bundesminister für Landesverteidigung, vom Bundesminister für Bauten und Technik, vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 20. Feber 1973

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Inneres:

Rösch

Der Bundesminister für Justiz:

Broda

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst:

Sinowatz

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:

Häuser

Der Bundesminister für Finanzen:

Androsch

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:

Weih

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie:

Staribacher

Der Bundesminister für Verkehr:

Frühbauer

Der Bundesminister für Landesverteidigung:

Lütgendorf

Der Bundesminister für Bauten und Technik:

Moser

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung:

Firnberg

Der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz:

Leodolter

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Die österreichische Ratifikationsurkunde zum vorliegenden Übereinkommen wurde am 9. April 1973 beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt. Das Übereinkommen tritt somit gemäß seinem Art. 6 Abs. 3 am 9. Juli 1973 für Österreich in Kraft.

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates vom 10. April 1973 gehören folgende Staaten dem Übereinkommen an: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (einschließlich Jersey und Bailiwick auf Guernsey) und Zypern.

Kreisky

275.

A G R E E M E N T
BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL
GOVERNMENT AND THE WORLD
INTELLECTUAL PROPERTY ORGANI-
ZATION

WHEREAS the World Intellectual Property Organization (hereinafter referred to as WIPO) has decided to convene a diplomatic conference, with the title "Vienna Diplomatic Conference on Industrial Property, 1973",

WHEREAS the Austrian Federal Government (hereinafter referred to as the Government), by a letter of September 10, 1971, from His Excellency the Minister for Foreign Affairs, invited WIPO to hold the said Diplomatic Conference (hereinafter referred to as the Conference), in Vienna,

WHEREAS the period during which the Conference will be held has been fixed as May 17—June 12, 1973, inclusive,

THEREFORE, the Government and WIPO hereby agree as follows:

I. Premises, equipment and supplies:

1. The Government shall make available, at its expense, such conference rooms and offices in the Neue Hofburg as will be necessary for the holding of the Conference. These premises shall include: one large conference room, "Festsaal", for plenary meetings (300 seats, with desks, interpretation in 4 languages), one conference room, "Neuer Saal", for Main Committee meetings (100 seats, with desks, interpretation in 4 languages); two smaller Committee rooms (each 50 seats with desks and interpretation in 2 languages); two meeting rooms for delegations (about 20 seats each, without interpretation); suitable working areas and all necessary equipment for the press and other information media, for documents reproduction and for documents distribution; suitable office accommodation for officers and staff of the Conference; a room for a library and reference centre; a delegates lounge; and a large room for use by the interpreters as a combined office and lounge.

(Übersetzung)

A B K O M M E N
ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN
BUNDESREGIERUNG UND DER WELT-
ORGANISATION FÜR GEISTIGES
EIGENTUM

IM HINBLICK DARAUF, daß die Weltorganisation für geistiges Eigentum (in der Folge als WIPO bezeichnet) beschlossen hat, eine Diplomatistische Konferenz mit dem Titel „Wiener Diplomatistische Konferenz über Gewerbliches Eigentum 1973“ einzuberufen;

IM HINBLICK DARAUF, daß die Österreichische Bundesregierung (in der Folge als Regierung bezeichnet) in einem Schreiben des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vom 10. September 1971 die WIPO eingeladen hatte, die besagte Diplomatistische Konferenz (in der Folge als Konferenz bezeichnet) in Wien abzuhalten;

IM HINBLICK DARAUF, daß die Zeit, während der die Konferenz abgehalten werden wird, für 17. Mai bis einschließlich 12. Juni 1973 festgelegt wurde;

KOMMEN die Regierung und die WIPO hiemit über folgendes

ÜBEREIN:

I. Räumlichkeiten, Einrichtungen und Bürobedarf:

1. Die Regierung wird die Räume und Büros in der Neuen Hofburg auf ihre Kosten zur Verfügung stellen, welche für die Abhaltung der Konferenz erforderlich sind. Diese Räumlichkeiten sollen umfassen:

Einen großen Konferenzsaal („Festsaal“) für Plenarsitzungen (300 Sitze an Tischen, Dolmetscheranlagen für vier Sprachen);

Einen Konferenzsaal („Neuer Saal“) für Sitzungen des Hauptausschusses (100 Sitze an Tischen, Dolmetscheranlagen für vier Sprachen);

Zwei kleinere Räume für Sitzungen von Arbeitsgruppen (davon jeder mit 50 Sitzen an Tischen und Dolmetscheranlagen für zwei Sprachen);

Zwei Sitzungszimmer für Delegationen (jedes mit ungefähr 20 Sitzen ohne Dolmetscheranlagen);

Geeignete Arbeitsräume sowie alle erforderlichen Einrichtungen für die Presse und andere Informationsmedien, für die Vervielfältigung und Verteilung von Dokumenten;

Geeignete Büroräume für Beamte und den Stab der Konferenz;

Einen Raum für eine Bücherei und für Nachschlagewerke und Dokumente;

Einen Aufenthaltsraum für Delegierte; sowie

2. The premises shall remain at the disposal of WIPO throughout the Conference and for such additional time in advance of the opening and after the closing as the WIPO Secretariat, in consultation with the Government, shall deem necessary for the preparation and settlement of all matters connected with the Conference.

3. The Government shall, at its expense, furnish, equip and maintain in good repair all the aforementioned rooms and offices in a manner adequate to the effective conduct of the Conference. The conference rooms shall be equipped for simultaneous interpretation and shall also have facilities for sound recording. The Government shall also provide suitable facilities for the press, television, radio and film operations.

4. The Government shall, at its expense, furnish and maintain such equipment as high speed Xerox photocopiers with sorters and other duplicating machines, electric typewriters with keyboard in the languages needed, tape recorders, and such other equipment as is necessary for the effective conduct of the Conference.

5. The Government shall provide, within the conference area, a bank, a post office, and telephone and cable facilities.

6. The Government shall pay for all necessary utility services including telephone communications of the Secretariat of the Conference within Vienna and communications by telex between the Secretariat of the Conference and the WIPO Office at Geneva.

7. WIPO will provide, at its own expense, the paper used for documents, whether reproduced by offset, xerox or any other machines.

8. The Government shall provide, at its expense, stationery supplies required for the conference rooms (note pads, pencils) and delegation name cards.

II. Transportation and accommodation

1. The Government shall provide, at its expense, 2 chauffeur-driven cars and 1 chauffeur-driven mini-bus for use by the WIPO officers and staff.

Einen großen Raum, welcher von den Dolmetschern gleichzeitig als Büro- und Aufenthaltsraum benützt werden kann.

2. Die Räumlichkeiten werden der WIPO während der gesamten Dauer der Konferenz, sowie für die Zeiträume vor deren Eröffnung und nach deren Abschluß zur Verfügung stehen, die vom WIPO-Sekretariat in Beratung mit der Regierung zur Vorbereitung und zur Abwicklung aller mit der Konferenz zusammenhängenden Angelegenheiten für nötig erachtet werden.

3. Die Regierung wird die oben angeführten Räume und Büros auf ihre Kosten in einer für einen klaglosen Ablauf der Konferenz geeigneten Weise mit Möbeln ausstatten, einrichten und in gutem Zustand erhalten. Die Konferenzsäle sollen mit einer Simultandolmetschanlage ausgestattet sein und außerdem die Möglichkeit für Tonbandaufnahmen bieten. Die Regierung wird auch die notwendigen Maßnahmen treffen, um Presse-, Fernseh-, Rundfunk- und Filmarbeiten zu ermöglichen.

4. Die Regierung wird auf ihre Kosten Einrichtungen wie Hochleistungsfotokopiergeräte mit Sortiervorrichtungen und andere Vervielfältigungsmaschinen, elektrische Schreibmaschinen mit Tastaturen der benötigten Sprachen, Tonbandgeräte und alle anderen Geräte zur Verfügung stellen und in gutem Zustand erhalten, soweit sie zum klaglosen Ablauf der Konferenz erforderlich sind.

5. Die Regierung wird für die Einrichtung eines Bank-, Post-, Telephon- und Telegraphendienstes innerhalb des Konferenzbereiches Sorge tragen.

6. Die Regierung wird die Kosten für alle erforderlichen Dienstleistungen einschließlich der Kosten für Telefongespräche des Sekretariates der Konferenz innerhalb Wiens sowie die Kosten für Fernschreiben zwischen dem Konferenzsekretariat und dem WIPO-Büro in Genf tragen.

7. Die WIPO wird auf ihre eigenen Kosten das Papier zur Verfügung stellen, welches für die Dokumente gebraucht wird, gleichgültig, ob die Vervielfältigung im Offset-Verfahren, durch Xerox oder irgendeinen anderen Apparat erfolgt.

8. Die Regierung wird auf ihre Kosten Büromaterial, wie Notizblöcke und Bleistifte für die Konferenzräume, sowie Namenskarten für die Delegierten bereitstellen.

II. Transportwesen und Unterbringung:

1. Die Regierung wird auf ihre Kosten zwei Personenkraftwagen und einen Kleinbus samt Fahrern zur Benützung für Beamte und den Stab der WIPO zur Verfügung stellen.

2. The Government shall make available facilities to assist delegations, secretariat, press and other participants in the Conference in making hotel reservations for the duration of the Conference.

III. Police protection

The Government shall furnish, at its expense, such police protection as may be required to ensure the efficient functioning of the Conference without interference of any kind. While such police services shall be under the direct supervision and control of a senior officer provided by the Government, this officer shall work in close cooperation with the WIPO Conference Officer so as to ensure a proper atmosphere of security and tranquillity.

IV. Local personnel for the Conference

1. The Government shall nominate a liaison officer and a deputy liaison officer between it and WIPO, who shall be responsible for making the necessary arrangements for the holding of the Conference, as set forth in this Agreement.

2. The Government shall engage and provide, at its expense, the interpreters, sound engineers and other technical personnel required to ensure the proper functioning of the facilities referred to in section I, paragraphs 3 and 4 above. The Government shall also engage and provide at its expense document reproduction and distribution staff, meeting officers and such secretarial and clerical assistance and house staff as may be necessary, such as huissiers, messengers and cleaners, as well as drivers of the cars and mini-bus referred to in section II above.

V. Liability

The Government shall be responsible for dealing with any actions, claims or other demands arising out of (a) injury or damage to person or property in the premises referred to in section I above; (b) injury or damage to person or property caused by, or incurred in using the transportation referred to in section II above; (c) the employment for the Conference of the personnel referred to in section IV above, and the Government shall hold WIPO and its personnel harmless in respect of any such actions, claims or other demands.

VI. Privileges and Immunities

1. With regard to the Conference, the Government shall apply to WIPO, to the officials of

2. Die Regierung wird Einrichtungen zur Unterstützung bei Hotelreservierungen während der Konferenzdauer für Delegationen, das Sekretariat, die Presse und andere Konferenzteilnehmer zur Verfügung stellen.

III. Polizeischutz:

Die Regierung wird auf ihre Kosten die Polizeikräfte zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um einen geordneten und in jeder Hinsicht ungestörten Ablauf der Konferenz zu gewährleisten. Diese Polizeikräfte sollen unter der direkten Aufsicht und Überwachung eines von der Regierung zu bestellenden höheren Beamten stehen, der mit dem verantwortlichen Beamten der WIPO in enger Zusammenarbeit stehen soll, um eine angemessene Atmosphäre von Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten.

IV. Sur place-Personal für die Konferenz:

1. Die Regierung wird einen Verbindungsbeamten zur WIPO, sowie dessen Stellvertreter namhaft machen, der für die Durchführung aller in diesem Abkommen genannten zur Abhaltung der Konferenz erforderlichen Maßnahmen verantwortlich ist.

2. Die Regierung wird auf ihre Kosten die Dolmetscher, Tontechniker und anderes technisches Personal engagieren und beistellen, das für das ordentliche Funktionieren der im Abschnitt I Absatz 3 und 4 genannten Geräte erforderlich ist. Die Regierung wird auch auf eigene Kosten, soweit erforderlich, Arbeitskräfte für die Vervielfältigung der Dokumentation, Konferenzfunktionäre und Bürohilfskräfte und Hauspersonal wie Amtsdienner, Boten und Reinigungspersonal, sowie die Fahrer für die im Abschnitt II erwähnten Personenkraftwagen und den Minibus zur Verfügung stellen.

V. Haftung:

Die Regierung wird die WIPO und ihr Personal bezüglich (a) Schäden und Beschädigungen an Personen oder Sachen in den im Abschnitt I angeführten Räumlichkeiten; (b) Schäden oder Beschädigungen an Personen oder Sachen, die durch oder bei Benützung der im Abschnitt II genannten Transportmittel; (c) der Anstellung des im Abschnitt IV erwähnten Konferenzpersonals entstehen, schad- und klaglos halten.

VI. Privilegien und Immunitäten:

1. Hinsichtlich der Konferenz wird die Regierung die Bestimmungen bezüglich Privilegien und

WIPO as well as to the representatives of States and Organizations invited to the Conference, the provisions relating to privileges and immunities in the Agreement between the United Nations and the Republic of Austria regarding the Headquarters of the United Nations Industrial Development Organization as if the Conference were convened by the United Nations Industrial Development Organization rather than by WIPO.

2. Any visa required for the persons referred to in paragraph 1 shall be granted promptly. It shall be granted without charge by an Austrian diplomatic or consular representative.

VII. General provisions

1. This Agreement may be modified by written agreement between the Government and WIPO.

2. WIPO will in due course and in good time inform the Government in writing of the details of the facilities it requires under this Agreement.

3. This Agreement shall enter into force when signed on behalf of both parties and shall remain in force for the duration of the Conference and for such time as is necessary for all matters relating to the session of the Conference to be settled.

IN WITNESS WHEREOF, the respective representatives of the Austrian Federal Government and the World Intellectual Property Organization have signed this Agreement.

DONE at Geneva, in duplicate, this eleventh day of May, 1973.

For the Austrian Federal Government:

Dr. R. Martins e. h.

For the World Intellectual Property Organization:

Bodenhausen e. h.

Immunitäten aus dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung auf die WIPO, die Beamten der WIPO sowie die Vertreter der Staaten und Organisationen, welche zu der Konferenz eingeladen wurden, so anwenden, als ob die Konferenz von der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung und nicht von der WIPO abgehalten werden würde.

2. Irgendwelche Sichtvermerke, welche die in Absatz 1 genannten Personen benötigen sollten, werden so rasch wie möglich erteilt werden. Die Sichtvermerke werden von österreichischen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen im Ausland gebührenfrei erteilt werden.

VII. Allgemeine Bestimmungen:

1. Dieses Abkommen kann durch eine schriftliche Übereinkunft zwischen der Regierung und der WIPO abgeändert werden.

2. Die WIPO wird die Regierung zu gegebener Zeit rechtzeitig über die Einzelheiten der gemäß diesem Abkommen benötigten Einrichtungen schriftlich in Kenntnis setzen.

3. Dieses Abkommen tritt mit dem Tage seiner Unterzeichnung durch beide Vertragsteile in Kraft und bleibt für die Dauer der Konferenz bzw. für jene Zeitdauer in Kraft, die zur Abwicklung aller mit der Konferenz zusammenhängenden Angelegenheiten erforderlich ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Vertreter der Österreichischen Bundesregierung bzw. der Weltorganisation für geistiges Eigentum das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Genf in zweifacher Ausfertigung am elften Mai 1973.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. R. Martins e. h.

Für die Weltorganisation für geistiges Eigentum:

Bodenhausen e. h.

Kreisky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 234.—, inklusive Umsatzsteuer, für Inlands- und S 304.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 40 g + 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 + 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.